

Rede Michael Groß, MdB

Plenum, Donnerstag, 10. Februar 2010, 15.00 Uhr, TOP 6

BT - Drucksache 17/ 3433

„Grundrecht auf Wohnen sozial, ökologisch und barrierefrei gestalten“

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

Wohnen ist ein Grundbedürfnis.

Der vorliegende Antrag befasst sich zum Teil mit den richtigen Fragen. Allerdings werden nicht die richtigen Schlüsse gezogen und Antworten gegeben.

Wohnen ist mehr als nur ein Dach über dem Kopf, Schutz vor Wind, Kälte und Regen. Gerade in zwei wichtigen Lebensphasen, in Kindheit und Alter, ist die Wohnung von besonderer Bedeutung. Ein menschenwürdiges Wohnen ist elementare Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und Teilhabe.

Mein Kollege Sören Bartol hat schon darauf hingewiesen, dass eine bloße Zusammenlegung der Städtebauförderung dabei nicht zielführend sein wird. Die bisherige Programmstruktur hat sich zum großen Teil bewährt, die Programme müssen aber evaluiert und in Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen weiterentwickelt werden. Lassen sich mich aber ergänzend auf vier Punkte eingehen:

Erstens:

Besonders in den Ballungsgebieten steigen die Mieten und Eigentumspreise. Im Durchschnitt bleiben die Ausgaben fürs Wohnen der größte Einzelposten der Konsumausgaben, insbesondere auch durch die wachsenden Nebenkosten für Strom, Heizung und Warmwasser. Zum Vergleich: 1991 betrug die Ausgaben noch ca. 19 % des Familieneinkommens und 2007 waren es schon 25 %.

Die Wohngeldreform in 2009 mit zusätzlichen 520 Mio. Euro war und ist deshalb eine richtige Antwort und konnte hier die Lage der finanziell schwachen Haushalte verbessern. Ca. 800.000 Haushalte profitierten hiervon.

Die im Rahmen der Wohngeldnovelle 2009 eingeführte Heizkostenpauschale wurde mit Wirkung ab dem 1.1.2011 zu Lasten der Menschen mit niedrigstem Einkommen durch die Bundesregierung wieder gestrichen.

War die Reform des Wohngeldes die gute Nachricht, ist damit auch eine schlechte verbunden. Immer mehr Menschen müssen diese Leistungen in Anspruch nehmen und sind finanziell überfordert, weil die Realeinkommen in Deutschland in den letzten 10 Jahren um 4% gesunken sind. Mit Blick auf die Lohnentwicklung spricht man von einem verlorenen Jahrzehnt.

In Deutschland arbeiten zudem zu viele Menschen für wenig Geld. 2 Millionen Menschen arbeiten für einen Stundenlohn von unter 6 €. Hierzu gibt es eine richtige Antwort: die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns. Mindestlohn ist ein wichtiger Baustein für ein selbstbestimmtes Leben auch als Mieter.

Zweitens:

Laut einer emnid-Umfrage vom Januar 2011 bevorzugen 2 Drittel der über 70jährigen ein selbstbestimmtes Wohnen in den eigenen 4 Wänden. Hierbei ist eine gute Infrastruktur und vor allem ambulante Hilfe wichtig. Nach Schätzungen werden in Deutschland bis 2025 rund 2 Millionen altersgerechte Wohnungen benötigt. Nach gegenwärtigen Schätzungen liegt der heutige Bestand bei 400 000 bis 500 000 Wohnungen.

Nach Angaben der Befragten können Umbaumaßnahmen und Serviceleistungen durchschnittlich nur im Umfang von monatlich 280 Euro mitgetragen werden. Entsprechende Programme wie "altersgerecht Umbauen" müssen also finanziell unbedingt ausgebaut und fortgeführt werden.

Drittens:

Wir müssen beim Thema Klima und Energie handeln. Zügiges und planvolles Handeln ist angezeigt, um die Klimaschutzziele zu erreichen und die Verbraucher vor zu hohen Energiepreisen zu schützen. Im Gebäudebestand besteht ein hohes Einsparpotenzial.

Die Sanierungsraten und die Modernisierungsquote sind mit ca 1% pro Jahr allerdings viel zu niedrig und nach Schätzungen werden 5 Milliarden Euro jährlich benötigt, um die Zielsetzungen zu realisieren. Eigentümer und Vermieter müssen zur energetischen Sanierung motiviert werden und hohe Sanierungskosten müssen sozial abgedeckt werden. Haushaltskürzungen in der energetischen Gebäudesanierung und in den Städtebauförderprogrammen der Bundesregierung sind hier kontraproduktiv und nicht zielführend.

Viertens:

Der Antrag der Linken sieht vor, die Kommunen finanziell zu beteiligen. Ich befürchte, dass Sie mit Ihrer Forderung den Kommunen einen Bärendienst erweisen. Den Kommunen fehlt heute schon Geld und es könnte am Ende des Prozesses noch mehr Geld fehlen. Was die Menschen in den Kommunen tatsächlich brauchen ist eine bedarfsgerechte Förderung, die beispielsweise barrierefreies Wohnen ermöglicht und die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden erhält und erhöht.

Für uns Sozialdemokraten ist eine Abstimmung in und mit den Kommunen und mit den Menschen vor Ort Dreh- und Angelpunkt des Erfolges. Wir müssen Beteiligungsmodelle entwickeln und sowohl die Hauseigentümer, die Bewohnerinnen und Bewohner, die Gewerbetreibenden vor Ort und Initiativen und Vereine mitnehmen. Städtebauliche Investitionen können durch die Einbeziehung aller Akteure die gelebte Demokratie vor Ort voranbringen.

Eine bloße Forderung nach mehr Rekommunalisierung reicht nicht aus. Die Kommunen brauchen mehr Geld für die Entwicklung und Sicherung der Lebensqualität und gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Vielen Dank und Glück auf !